

An die
Redaktionen
Aktuelles und Politik

23. Mai 2013

PRESSEMITTEILUNG

Zentralrat beantragt gegen NPD Strafverfahren und Beschlagnahme des Flugblattes „Zigeunerflut stoppen!“- Facebook soll Internet-Seite löschen

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma stellte heute bei der Staatsanwaltschaft in Duisburg Strafantrag aus allen rechtlichen Gründen gegen die Verantwortlichen der Partei „NPD“ in Duisburg, die das Flugblatt mit der Aufschrift: **„Zigeunerflut stoppen! Kriminalität bekämpfen! NPD“** bei einer Veranstaltung am 18. Mai 2013 in Duisburg verteilten, und den Flyer im Internet in dem „Facebook“-Netzwerk weiterhin verbreiten.

(<https://m.facebook.com/npd.de/posts/10151497957944584>). Auf dem Flugblatt ist im Hintergrund ein unscharfes Foto abgebildet, das eine Frau mit Kopftuch und Kinder zeigt. Im Vordergrund ist ein Foto mit dem Blick in eine Pistolenmündung und ein weiteres Foto, das eine Hand mit einem geöffneten Messer zeigt, abgebildet.

Auf das Flugblatt der NPD wurde der Zentralrat von jungen deutschen Sinti aufmerksam gemacht, die sich hier direkt angegriffen und bedroht fühlen.

Dieses Flugblatt sei eine rassistische Aufstachelung zu Hass und Gewalt gegenüber Sinti und Roma, die in einer bedrohlichen Weise den öffentlichen Frieden gefährde, heißt es in der Strafanzeige. Die NPD appelliere mit der Machart des Flugblattes an niedrigste Aggressionen und die gesamte Minderheit werde in propagandistischer Manier pauschal kriminalisiert. Eine derartige Form der Volksverhetzung verlasse jeden sachlichen Rahmen der im Wahlkampf noch zulässigen Meinungsäußerungen. „Die NPD beweist damit ihre Feindschaft gegenüber dem Rechtsstaat“, kommentierte Zentralratsvorsitzender Romani Rose heute in Heidelberg.

Der Zentralrat beantragte die Beschlagnahme der Flugblätter und schaltete die Länderorganisation „jugendschutz.net“ in Mainz ein, gegenüber der Internet-Firma „Facebook“ die Löschung der entsprechenden Internetseite zu veranlassen. Die Firma „Facebook“ war bisher ohne Begründung den Rundtisch-Gesprächen der Bundesregierung zur Verhinderung volksverhetzender Inhalte im Internet ferngeblieben, während Firmen wie „google“ und „ebay“ Maßnahmen ergriffen.

Arnold Roßberg
Jur. Mitarb.
arnold.rossberg@sintiundroma.de